

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung
In dem Wahlanfechtungsverfahren
2/1995/WA
10.07.1995

des Genossen C aus L und 38 weiterer Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

g e g e n

- Antragsteller -

den Parteivorstand der SPD,
vertreten durch den Bundesgeschäftsführer, V aus B

- Antragsgegner -

hat die Bundesschiedskommission am 10. Juli 1995 unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl (Vorsitz),
Professor Dr. Claus Arndt
Dr. Helga Timm (Beisitzerin)

entschieden:

Das Verfahren wird eingestellt.

Gründe

Die Antragsteller haben ihren am 21. Juni 1995 per Telefax gestellten Antrag auf Entscheidung der Bundesschiedskommission über die Gültigkeit der Wahlen der Stellvertretenden Vorsitzenden und der Bundessekretärin der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten mit am 26. Juni 1995 eingegangenem Schriftsatz zurückgenommen; zur Begründung wurde ausgeführt, daß das primäre Ziel der Anrufung der Bundesschiedskommission - Sicherung der Neuwahl auch der Stellvertretenden Bundesvorsitzenden unter Wahrung der Chancengleichheit und Beteiligung auch der seinerzeit unter berechtigtem Protest ausgezogenen Delegierten - auf politischem Wege erreicht worden sei, nachdem die Stellvertretenden Bundesvorsitzenden beschlossen hätten, sämtlich rechtzeitig vor dem einzuberufenden außerordentlichen Bundeskongreß zurückzutreten und damit den Weg für eine Neuwahl des ge-

samten Bundesvorstands freizumachen. Danach werde auch die Wahl der Bundessekretärin nicht weiter angegriffen in der Hoffnung, hierdurch einen Beitrag zur Wiederherstellung einer guten Zusammenarbeit im Verband zu leisten.

Dementsprechend ist das Verfahren einzustellen.

Die Bundesschiedskommission begrüßt diese Absicht und Hoffnung und sieht sie als wesentlichen Beitrag dazu an, die Arbeit der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Interesse der Partei und ihrer jungen Mitglieder effektiver zu gestalten. Ohne auch lebhaften Debatten und Diskussionen eine Absage zu erteilen, sollte doch die gemeinsame und solidarische Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner im Vordergrund stehen.